



Prof. Dr. Alexander Kritikos, Forschungsdirektor am DIW Berlin, Professor an der Universität Potsdam.  
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Jamaika und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands

---

Vor 34 Jahren, als die Grünen erstmalig in den Deutschen Bundestag einzogen, war eine Koalition zwischen ihnen und den damaligen Koalitionären Union und FDP völlig undenkbar. Weder hätte man die Bedeutung bestimmter Begriffe der anderen Seite verstanden, noch wäre es gelungen, sich auch nur auf Inhalte einer Koalitionsverhandlung zu einigen. Und das entsprach der Verfasstheit des Landes. Deutschland war damals in einer Form gespalten, wie das heute kaum mehr vorstellbar ist.

Heute gibt es zwischen den potenziellen Koalitionären mehr Verbindendes. Diese Parteien wurden etwa mehrheitlich von Menschen mit überdurchschnittlichen Lohneinkünften gewählt, die sich derzeit kaum Sorgen um die eigene oder die allgemeine wirtschaftliche Lage machen. Da erstaunt es nicht so sehr, dass man sich anders als vor 34 Jahren über die Inhalte eines Koalitionsvertrags grundsätzlich einig ist, nicht unwichtig angesichts der anstehenden teils drängenden Herausforderungen. Eine zukünftige Regierung wird Bildung und Forschung stärken, die Infrastruktur insbesondere im digitalen Bereich ausbauen, die Digitalisierung in allen wirtschaftlichen und sozialen Belangen verbessern, den Integrationsprozess in der EU und der Eurozone fortsetzen und den Euro stabilisieren, eine klimafreundlichere Politik gestalten, sich als Einwanderungsland neu definieren und die innere Sicherheit erhöhen, potenzielle Verlierer der Globalisierung wieder für sich gewinnen und Langzeitarbeitslosen eine Jobperspektive geben müssen.

Mithin wird also „nur noch“ über den richtigen Weg zur Realisierung dieser Ziele gestritten – und das massiv. Gleichzeitig finden die Verhandlungspartner so volle Staatskassen vor wie nie zuvor, die jüngsten Steuerschätzungen gehen von über 26 Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre aus. Das ist Segen und Fluch zugleich. Zuerst weckt ein solcher Überschuss Wünsche, angefangen bei Steuersenkungen für verschiedene Bevölkerungsgruppen und der Abschaffung des Solidaritätszuschlags, weiter zum Ausbau der Mütter-

rente, der Verdoppelung des Kindergeldes, der Einführung des Baukindergeldes oder der Garantierente. All diese und viele weitere Wünsche würden sich zu einem Vielfachen des derzeitigen Budgetüberschusses in den Staatskassen aufaddieren, ohne die oben genannten Probleme zu lösen.

Drei Szenarien sind daher am Ende des laufenden Verhandlungsmarathons denkbar: Entweder die vier Parteien einigen sich nicht und versuchen, den Weg für Neuwahlen freizugeben. Oder sie einigen sich nur auf das Nötigste, nutzen aber die vollen Kassen für einen „Deal“, wonach jede ihrer eigenen Klientel Wahlgewinne macht und der staatliche Haushaltsüberschuss umgehend in ein Defizit verwandelt wird, ohne den Standort Deutschland zukunftsfähig zu machen. Dann wird die Wirtschaft in die nächste sklerotische Phase abgleiten – vor allem, wenn man bedenkt, wie sehr wir allein bei der Digitalisierung hinterher hinken.

Oder aber den „Jamaikanern“ gelingt Zukunftsweisendes. Sie haben gerade aufgrund ihrer Diversität das Potenzial dazu, eingetretene Pfade zu verlassen. Dafür werden sie nur mehr tun müssen, als Geld zu verteilen. Wirksame Reformen erreicht man vor allem mit Verbesserungen bei Regulierung, staatlichen Strukturen und Angebotsqualität. Man denke etwa an ein modernes Einwanderungsgesetz, das das Land attraktiv macht für ausländische Talente, an eine besser gesteuerte Klimapolitik, die den Marktakteuren Anreize für Innovationen in Richtung emissionsfreier Mobilität setzt, an Investitionen in das teils marode Bildungssystem (etwa in der Hauptstadt) bei gleichzeitiger Beendigung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern oder an eine Digitalisierungspolitik, die weit über die Verlegung von Breitbandnetzen hinaus geht. Ein solches Verhandlungsergebnis kann bei Verzicht auf Wahlgewinne für die eigene Klientel das Land zukunftsfähig machen und Akzeptanz bei allen Wählern erzielen, auch bei den so genannten Verlierern der Globalisierung, wenn die Kernthemen dann noch der Bevölkerung aktiv kommuniziert werden.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
84. Jahrgang

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Dr. Critje Hartmann  
Mathilde Richter  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Rebecca Buhner  
Claudia Cohnen-Beck  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Daniel Kemptner  
Sebastian Kollmann  
Matthias Laugwitz  
Markus Reiniger  
Dr. Alexander Zerrahn

#### Lektorat

Prof. Dr. Anne Neumann

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.